

Umdenken ist nicht ausgeschlossen

Vortrag über Flughafenpolitik und Lärmbelastung – Wissenschaftlicher Konsens nötig

Mörfelden-Walldorf (seb). Was sich an der Flughafenpolitik in Deutschland ändern müsste, damit es am Himmel über der Rhein-Main-Region leiser wird, erklärte Anton Hofreiter im Rathaus Walldorf bei einer Veranstaltung der städtischen Reihe „Wir und der Flughafen“. Hofreiter kennt sich mit dem Thema bestens aus. Er sitzt für die Grünen im Bundestag und ist Vorsitzender des Verkehrsausschusses.

„Der Bund ist auf absehbare Zeit der wichtigste Spieler bei Flughafenfragen“, erklärte Hofreiter. Denn im Bundestag könnten wegweisende Entscheidungen zum Fluglärnngesetz, dem Planungsrecht von Großflughäfen, Nachtflugverbot und Steuern fallen. Derzeit deute aber wenig darauf hin, dass es im Verkehrsausschuss eine große Kompromissbereitschaft bei Lärmfragen gebe. Eine Mehrheit, die bereit ist, wirklich wirksame Lärmschutzmaßnahmen zu beschließen, sieht Hofreiter nicht. Das sei aber umso wichtiger, weil der Bund für die Rahmgesetzgebung verantwortlich ist.

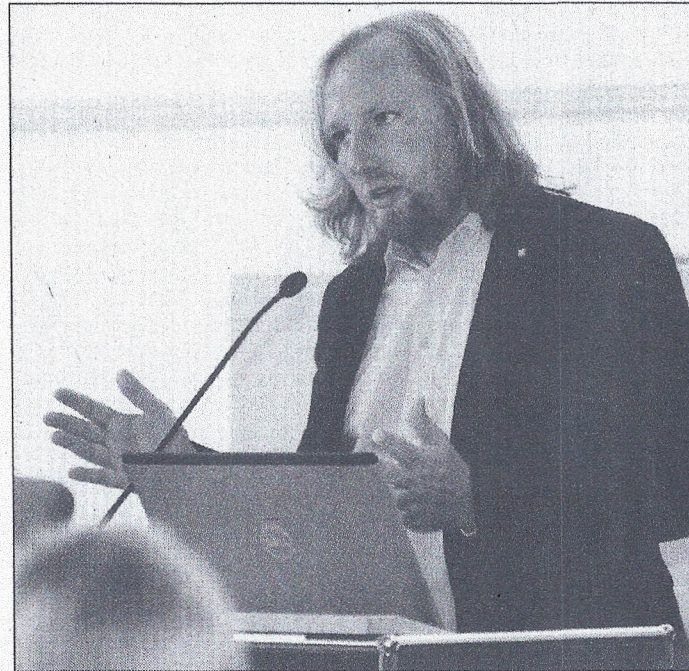
Beim Fluglärnngesetz sieht der Verkehrsexperte eine Reihe von Problemen. Unter anderem, dass die Lärmbelastung durch mehr oder weniger komplizierte Formeln berechnet wird. Zwar sei die dahinter stehende Mathematik objektiv, al-

erdings würden derzeit Formeln verwendet, die der Luftverkehrsindustrie eher entgegenkämen.

Dass mit einem Dauerlärmpiegel gearbeitet wird, sieht Hofreiter als weiteres Problem. Wenn vier Flugzeuge in einer Nacht ein Haus überfliegen, sei der Pegel niedrig. Wachten die Bewohner deshalb vier Mal auf, sei es unter medizinischen Gesichtspunkten ein höchst ungesunder Schlaf.

„Es ist aber hilfreich, dass die massiven gesundheitlichen Belastungen durch Lärm immer besser abzusehen sind“, sagte Hofreiter. Gebe es dazu endlich einen wissenschaftlichen Konsens, könnte sich die Meinung der Berliner Politik ändern. Als eindeutige Studien veröffentlicht wurden, die nachwiesen, dass Passivrauchen zu Krebs führen kann, habe es auch bei diesem Thema ein Umdenken gegeben.

Bei der Festlegung von Flugrouten sei die Rolle der Deutsche Flugsicherung (DFS) problematisch, sprach Hofreiter einen weiteren Punkt an. Als Unternehmen gehört die Flugsicherung zu 100 Prozent dem Bund, ist aber gleichzeitig eine eingetragene GmbH. Bei Anfragen zu bestimmten Flugrouten und möglichen Alternativen bekomme man häufige keine Antworten, weil sich die DFS auf Unternehmensgeheimnisse be-



VERKEHRSEXPERTE Anton Hofreiter berichtete aus der Perspektive des Bundes über die Flughafenpolitik und ihre Auswirkungen auf die Region. (Foto: Schwappacher)

rufe, beklagte Anton Hofreiter.

Dass es zur Einführung einer Kerosinsteuer kommen wird, glaubt der Verkehrsexperte nicht, auch wenn die Bundesregierung ihren Haushalt mit der Steuer um sieben Milliarden Euro jährlich aufstocken könnte. Eine solche Steuer müsse nach Meinung vieler Juristen auf internationaler Ebene beschlossen werden, und

dafür gebe es keine Mehrheit, erklärte Hofreiter.

Dass strittige Punkte vor Gericht geklärt werden könnten, glaubt der Ausschussvorsitzende ebenfalls nicht. „Die Justiz bringt politische Mehrheiten nicht zur Vernunft“. Wenn ein Ministerpräsident und ein Verkehrsminister nicht mitziehen wollten, seien Veränderungen fast gar nicht durchzusetzen.

FA 26/9/2013